

Zwei mal drei macht vier

Der Umgang der Bundesländer mit der Pandemie bleibt höchst unterschiedlich, vor allem im Hinblick auf Schulen und die Kinderbetreuung. Erstaunlich ist das nicht. Auch wenn das Kanzleramt eine Schließung der entsprechenden Einrichtungen favorisierte, ließ der von den Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin am Dienstag gefasste Beschluss unterschiedliche Wege zu. Entsprechend fällt nun die Ausgestaltung aus.

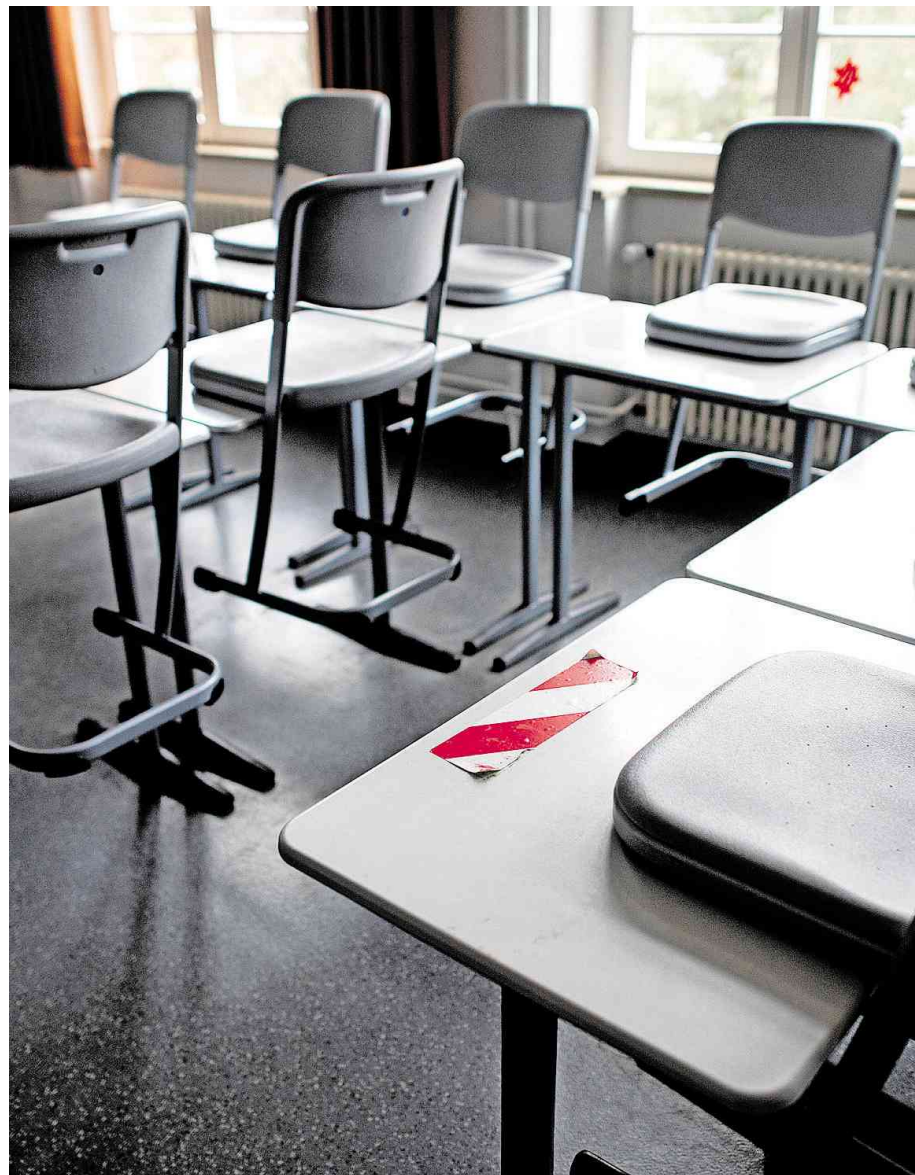
Am schnellsten waren dabei die Hamburger. Schon seit Freitag gelten in der Hansestadt die neuen Maßgaben. Und im Gegensatz zu manch anderen Ländern ist in der Hamburger Verordnung das meiste auch in dem am Dienstag beschlossenen Sinne festgelegt worden. Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) rief die Hamburger mit Blick auf die Kontaktverbote sogar dazu auf, möglichst niemanden außerhalb des eigenen Haushalts mehr zu treffen, auch nicht die eine erlaubte Person.

In Bayern wird bis Monatsende ausschließlich Distanzunterricht stattfinden – an allen weiterführenden Schulen sowie an den Grundschulen, an denen das möglich ist. Sollte die Zahl der Neufektionen dann signifikant zurückgegangen sein, ist für Anfang Februar, zumindest in bestimmten Jahrgangsstufen, ein Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht vorgesehen, eventuell auch ausschließlich Präsenzunterricht. Für Kinder, für die sonst keine Betreuungsmöglichkeit besteht, bieten die Schulen vom 11. bis zum 29. Januar eine Notbetreuung an. Das bayerische Kabinett entschied zudem, die einwöchigen Faschingsferien, die für Mitte Februar geplant waren, durch eine zusätzliche Unterrichtswoche – im Idealfall im Präsenzunterricht – zu ersetzen. Auch in Sachsen und Thüringen bleiben die Schulen bis Ende Januar geschlossen. Allerdings dürfen in beiden Ländern Schüler der Abschlussklassen vom 11. Januar (Thüringen) und vom 18. Januar (Sachsen) an wieder zur Schule kommen. Für alle anderen gilt eine „häusliche Lernzeit“. Darüber hinaus zieht Sachsens Regierung die Winterferien auf Anfang Februar vor und kürzt sie auf eine Woche. Vom 8. Februar an sollen Grundschulen und Kitas im eingeschränkten Regelbetrieb, also in festen Gruppen mit festen Betreuern, wieder öffnen. Für alle weiterführenden Klassen soll es im Wochenwechsel Unterricht daheim und in der Schule geben.

Auch Thüringen zieht die Winterferien vor; sie sollen schon in der letzten Januarwoche beginnen. Ab Februar sollen Schulen und Kindergärten in Thüringen wieder in den eingeschränkten Regelbetrieb ge-

hen, also ebenfalls mit festen Gruppen für die Kleinen und einem Wechsel aus Präsenzunterricht und häuslichem Lernen für die Großen – vorausgesetzt, dass die Infektionszahlen nicht weiter steigen.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hatte noch am Mittwoch zu bedenken gegeben, dass durch eine frühe Öffnung der Schulen nicht gefährdet werden dürfe, was man in den vergangenen Wochen erarbeitet habe. Die Zahlen gäben nicht her, „dass wir wieder in den Präsenzunterricht gehen können“. Nur wenige Stunden später, nach der Senatsitzung, war alles anders. Dort wurde beschlossen, schon am Montag wieder stufenweise mit Präsenzunterricht zu beginnen. Bildungssenatorin Sandra Scheeres



Stühle rauf, zu Hause bleiben: Klassenzimmer einer Schule in Oldenburg Foto dpa

Rest lehne die Impfung ab. Aus Niedersachsen berichtet die Caritas von Impfquoten zwischen fünfzig und 95 Prozent, in Nordrhein-Westfalen zeigt sich eine entsprechende Verteilung: Während sich in Düsseldorf nur etwas mehr als jeder zweite Pfleger impfen lasse, seien es in Münster neunzig Prozent. Im bayerischen Eichstätt sind die Quoten mit vierzig bis fünfzig Prozent wiederum gering. „Es ist schwierig bis unmöglich, in diesen Zahlen ein Muster zu erkennen“, sagt eine Sprecherin der Caritas. „Aus München kam der Hinweis, dass die Bereitschaft tendenziell dort größer ist, wo es bereits schwere Corona-Ausbrüche gegeben hat.“ Die Zurückhaltung sei oft auf „Angst und Unsicherheit“ zurückzuführen, die damit zusammenhängen, dass Pfleger bei der Impfung den Anfang machen.

Wissen Pfleger zu wenig über die Impfung?

In manchen Heimen lässt sich nur jeder dritte Mitarbeiter gegen das Coronavirus impfen / Von Kim Björn Becker

Bei den gemeinnützigen Trägern von Pflegeheimen ist es schwieriger, ein klares Bild darüber zu bekommen, wie viele Pfleger sich impfen lassen. Die Arbeiterwohlfahrt erhebt keine zentralen Daten, und die evangelische Diakonie hat nach eigenen Angaben keinen Überblick. Das Rote Kreuz teilt nur mit, dass die Bereitschaft „völlig unterschiedlich“ sei. „Wir rufen sowohl Heimbewohner als auch das Pflegepersonal jedoch dringend dazu auf, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen“, sagte ein Sprecher. Die katholische Caritas führt zwar keine zentrale Statistik, hat aber aus den unterschiedlichen Regionen Tendenzen zusammengetragen. Doris Schneider, Geschäftsführerin von 27 Heimen im Bistum München, schätzt, dass etwa ein Drittel der Beschäftigten sich unbedingt impfen lassen wolle. Ein weiteres Drittel wolle abwarten, und der

Rest lehne die Impfung ab. Aus Niedersachsen berichtet die Caritas von Impfquoten zwischen fünfzig und 95 Prozent, in Nordrhein-Westfalen zeigt sich eine entsprechende Verteilung: Während sich in Düsseldorf nur etwas mehr als jeder zweite Pfleger impfen lasse, seien es in Münster neunzig Prozent. Im bayerischen Eichstätt sind die Quoten mit vierzig bis fünfzig Prozent wiederum gering. „Es ist schwierig bis unmöglich, in diesen Zahlen ein Muster zu erkennen“, sagt eine Sprecherin der Caritas. „Aus München kam der Hinweis, dass die Bereitschaft tendenziell dort größer ist, wo es bereits schwere Corona-Ausbrüche gegeben hat.“ Die Zurückhaltung sei oft auf „Angst und Unsicherheit“ zurückzuführen, die damit zusammenhängen, dass Pfleger bei der Impfung den Anfang machen.

Diese Unsicherheit betrifft Ärzte in Krankenhäusern zwar im Prinzip genauso. Doch gehen sie offenbar anders damit um und entscheiden sich wesentlich häufiger für die Impfung. Im Dezember zeigte eine Umfrage von zwei medizinischen Fachgesellschaften, dass sich etwa 73 Prozent der befragten Klinikärzte gegen Corona impfen lassen wollen, aber nur fünfzig Prozent der Pfleger in Krankenhäusern. Die Daten fügen sich in die bisherigen Erfahrungen ein: Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts haben sich zuletzt gut 79 Prozent der Ärzte gegen die Grippe impfen lassen, aber nur 47 Prozent der Pfleger. Die Ständige Impfkommission

empfiehlt die Influenza-Impfung für medizinisches Personal. Für Georg Baum, den Geschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, zeigen die Rückmeldungen aus den Kliniken „sehr deutlich, dass die Bereitschaft bei Ärzten und Pflegepersonal hoch ist und weiter steigt“. Manche Kliniken meldeten eine Impfbereitschaft von siebzig Prozent des Personals, andere lägen noch „deutlich darüber“, sagt er. Ärzte und Pfleger wurden dabei jeweils zusammengezählt. Die Bundesärztekammer geht davon aus, dass die Impfbereitschaft unter Ärzten seit dem Beginn der Impfungen noch gewachsen ist. Und die Ärztevereinigung Marburger Bund berichtet von hohen Impfraten, gerade bei Ärzten mit einem ausgeprägten Ansteckungsrisiko. „Das hängt zweifellos auch mit den eigenen Erfahrungen zusammen“, sagte ein Sprecher der Gewerkschaft. „Ärzte in den Notaufnahmen, Infektions- und Intensivstationen wissen aus ihrem beruflichen Alltag, wie gefährlich eine Corona-Infektion sein kann.“

Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Bundestag, Erwin Rüdell (CDU), hält die Impfquoten vielerorts für zu niedrig. „Ich bin mit der geringen Impfbereitschaft der Pfleger nicht zufrieden“, sagte Rüdell der F.A.Z. „Da muss man sich die Frage stellen, ob in der Ausbildung nicht etwas falsch gelaufen ist.“ Die Pflege poche darauf, dass sie neben der Ärzteschaft stärker erverte genommen wird. „Aber dann erwarte ich auch, dass

geht und dem Kultusminister „Durchhalteparolen“ vorgeworfen.

Die Landesregierung in Hannover gestand am Freitag ein, dass die Infektionsgeschwindigkeit weiterhin hoch sei und man mit den Eindämmungsmaßnahmen nicht hinterherkomme. Zugleich wies die Staatskanzlei von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) darauf hin, dass die Infektionszahlen in Niedersachsen niedriger als anderswo seien. Das Eingeständnis von Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei), dass die abwartende Haltung der Ministerpräsidenten ein bitterer Fehler gewesen sei, sei „ehrenwert“, aber vor allem der „völlig anderen Situation“ in Thüringen geschuldet. Stephan Weil (SPD) sei mit seiner bisherigen Corona-Politik „einigermaßen im Reinen“. Allerdings hätte man „vielleicht auch schon früher andere Maßnahmen ergreifen können“.

Die grün-schwarze Landesregierung in Stuttgart hat die Entscheidung vertagt, ob Grundschulen und Kitas vom 18. Januar an im Präsenzunterricht geöffnet werden sollen. „Im Interesse der Kinder würden wir Kitas und Grundschulen gerne bereits

Von Reinhard Bingener, Timo Frasch, Stefan Locke, Heike Schmoll, Rüdiger Soldt und Mathias Wyssuwa

ab dem 18. Januar wieder öffnen, doch garantieren können wir es heute noch nicht“, sagte Winfried Kretschmann. Der grüne Ministerpräsident weicht in diesem Punkt von seinem strikten Kurs in der Pandemiepolitik ab. Bislang hatte er sich an Bayern orientiert.

Noch können die Fachleute in Stuttgart schwer einschätzen, ob die neuen Mutanten des Virus die Ausbreitung von Sars-CoV-2 an Grundschulen beschleunigen können. Am kommenden Donnerstag wollen Kretschmann und Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) aufgrund neuer Daten über die Lage beraten und entscheiden. Nach Weihnachten hatte Eisenmann noch angekündigt, Grundschulen und Kitas „unabhängig von Inzidenzen“ am 11. Januar zu öffnen. Inzwischen will die Kultusministerin die Rückkehr zum Präsenzunterricht, wie sie formuliert, „nicht allein“ von Inzidenzwerten abhängig machen. Der grüne Fraktionsvorsitzende Andreas Schwarz wurde bei der Sondersitzung des Landtags am Freitag deutlicher und stellte klar: „Präsenzunterricht ist abhängig von der Inzidenz.“ (Kommentar Seite 12.)

Virus-Variante breitet sich aus

In den Niederlanden schon fünfzig Fälle

T.G. BRÜSSEL. In den Niederlanden werden immer mehr Infektionen mit der neuen, hochansteckenden Variante des Coronavirus entdeckt, die zuerst im Vereinigten Königreich nachgewiesen worden war. Das niederländische Institut für öffentliche Gesundheit (RIVM) gibt die Zahl nun mit fünfzig an, nachdem es in der Vorwoche elf und vor Weihnachten zwei gewesen waren. Lediglich sechs Fälle stehen im Zusammenhang mit Reisen auf die Insel, die Mutation des Virus verbreitet sich also schon autonom im Land, und zwar an mehreren Orten.

Allein dreißig Fälle wurden in einer Grundschule in einem Vorort Rotterdams festgestellt. Dort war es im Dezember zu einem größeren Ausbruch des Virus gekommen. Eine Laboruntersuchung der Proben ergab, dass sich sämtliche positiv getesteten Schüler und Lehrer mit der „britischen“ Variante infiziert hatten. Zehn Prozent ihrer Angehörigen war ebenfalls infiziert, in einigen Fällen mit derselben Variante. Dieser Virenstamm – erfasst unter dem Code B117 – wurde erstmals im Oktober vorigen Jahres analysiert. Im Vergleich zur Urvariante von Sars-Cov-2 kann das Virus offenbar leichter in Zellen eindringen und sich dort vermehren. Nach Angaben der britischen Regierung ist es um bis zu siebzig Prozent ansteckender, führt jedoch nicht zu schwereren Krankheitsverläufen. Das bestätigt sich auch in den Niederlanden; die Infizierten zeigten nur leichte Symptome.

Der Ausbruch in der Grundschule ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich diese Variante besonders stark unter Jüngeren verbreitet. Die Virologin Marion Koopmans sagte der Zeitung „NRC Handelsblad“, dass dies auch bei der Frage eine Rolle spielen werde, wann die derzeit für Präsenzunterricht geschlossenen Schulen wieder geöffnet werden könnten. Sie gehört zu einem Team von Fachleuten, das die Regierung berät.

Pandemiegesetz in Schweden

mawy. HAMBURG. Der schwedische Reichstag hat die Regierung mit mehr Macht in der Corona-Krise ausgestattet. Am Freitag stimmte wie erwartet eine Mehrheit der Abgeordneten in Stockholm für ein Pandemiegesetz, das es der Regierung nicht nur ermöglicht, im Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus weiter gehende Maßnahmen zu beschließen, sondern auch Verstöße gegen diese zu sanktionieren. Bislang hatte vor allem die Gesundheitsbehörde den Kurs des Landes abgesteckt und Empfehlungen gegeben. Schon am Freitagmorgen kündigte Ministerpräsident Stefan Löfven daraufhin verbindliche Beschränkungen für die Anzahl von Personen in Fitnessstudios, Geschäften und Sportanlagen an. So solle Gedränge vermieden werden. Die bereits geltende Obergrenze von maximal acht Personen, die sich im öffentlichen Raum treffen dürfen, wurde zudem auf private Veranstaltungen ausgeweitet. Auch Bußgelder drohen nun bei Verstößen. Am Sonntag tritt das Gesetz in Kraft, es ist zunächst bis September befristet.

Sozialministerin Lena Hallengren sagte am Freitag, die Infektionslage im Land sei weiter ernst, und die Regierung brauche mehr Instrumente im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus. Der Weg Schwedens durch die Pandemie hatte viel Aufsehen erregt, weil er, nicht zuletzt aufgrund fehlender rechtlicher Voraussetzungen, vor allem auf Aufklärung und Empfehlungen gesetzt hatte. Diese waren mit Blick auf rasant steigende Infektionszahlen zuletzt strikter geworden. Die 14-Tage-Inzidenz liegt in Schweden bei 785, in Deutschland liegt sie bei 319. In Schweden sind bislang mehr als 9400 Menschen mit oder an einer Corona-Infektion gestorben.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Dr. Nikolas Busse; für Nachrichten und Politik Online: Andreas Ross, Oliver Georgi (stv.), Mona Jaeger (stv.); für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Inken Schönauer; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster, Christoph Schäfer; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Hannes Hintermeier, Sandra Kegel, Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Platthaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main: Helmut Schwan, Marie Lisa Kehler (stv.), Manfred Köhler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Maja Brankovic; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Digitac: Alexander Armbruster; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Postta;

Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Helmut Mayer; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Corinna Budras; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

BILDREDAKTION: Henner Flohr; CHEF VOM DIENST: Dr. Elena Geus; GRAFISCHE GESTALTUNG/INFORMATIONSGRAFIK: Holger Windführ (Art Director), Benjamin Boch (Stv. Grafische Gestaltung), Informationsgrafik: Andre Piron.

DIGITALE PRODUKTE: Cai Tore Philippsen (verantwortlicher Redakteur), Kai N. Pritzsche (Redaktionsleiter), Stefanie Michels (Social Media), Robert Wenkemann (Art Director), Andreas Krobok (Audio/Video), Sönke Sievers (Multimedia Ausgabe).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Beid.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller.

Anzeigenpreisliste Nr. 81 vom 1. Januar 2021 an; für Stellenausschreibungen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste vom 1. Januar 2021 an. Internet: faz.media

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Inland: Abonnement: Frankfurter Allgemeine Zeitung 71,50 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 78,50 €. Abonnenten der gedruckten Zeitung lesen für einen Aufpreis von 10,00 € die digitalen Ausgaben der F.A.Z. und

Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (F+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser und Studierende, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abofaz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrechtgesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunfts-erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 7591-2901. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (030) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amthelche Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 7591-0. Anzeigenservice: (069) 7591-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo. Telefax: Anzeigen (069) 7591-808920; Redaktion (0 69) 7591-1743; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main; IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF